

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Beratungsrisiken für Steuerberater bei der Überschuldungsfeststellung

**Praxishinweise zur Vermeidung von
Anfechtungs- und Schadensersatz-
szenarien im Insolvenzfall des Mandanten**

Von

Thomas Uppenbrink

und

Sebastian Frank

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

<http://ESV.info/978-3-503-20054-2>

Zitiervorschlag:

Uppenbrink/Frank, Beratungsrisiken für Steuerberater bei der Überschuldungsfeststellung

ISBN 978-3-503-20054-2 (gedrucktes Werk)

ISBN 978-3-503-20055-9 (eBook)

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2021

www.ESV.info

Druck: docupoint, Barleben

Vorwort

Die Idee zu diesem Buch entstand dem Grunde nach bereits bei der Nachbearbeitung unserer regelmäßigen Fachvorträge. Die vielen, wiederkehrenden und stark verunsicherten Fragen zu der Änderung der Bearbeitung von Krisenmandaten durch das viel zitierte BGH-Urteil vom 26.01.2017 (IX ZR 285/14), das mittlerweile durch eine Gesetzesänderung zu Beginn des Jahres 2021 in § 102 StaRUG verankert wurde, zeigte ein großes Interesse und den Bedarf einer praxisnahen und zugänglichen Darstellung des Themas. Als dann der Erich Schmidt Verlag im Nachgang einer unserer Vorträge mit dem Angebot einer Veröffentlichung in Form eines Praxisbuches an uns herantrat, waren wir uns über Umfang und Inhalte schnell einig und begannen umgehend mit der Umsetzung.

Das Buch soll das Bewusstsein von Steuerberatern und auch Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern entsprechend schärfen, damit die laufende Beratung und Betreuung im Rahmen von Jahresabschlusserstellung bei buchmäßig überschuldeten Unternehmen eben nicht zu strafrechtlichen Konsequenzen, Anfechtungsszenarien und/oder Schadensersatzforderungen führt.

Im Mittelpunkt des Buches steht deshalb auf der einen Seite die grundsätzliche Verantwortung des Beraters gegenüber seiner Mandantschaft und auf der anderen Seite der Selbstschutz des Beraters.

Das Buch richtet sich im Grundsatz an Steuerberater und soll Fragen aus dem Tagesgeschäft im Umgang mit den in Schwierigkeiten befindlichen Mandaten praxisnah und ohne zu viel rechtliche Tiefe würdigen.

Hagen, im Februar 2021

Thomas Uppenbrink
Sebastian Frank

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	11
Einleitung	13
1 Grundsätzliches zum Überschuldungsbegriff gem. § 19 InsO	17
2 Was sah die alte Rechtsprechung vor?	17
3 Das aufsehenerregende BGH-Urteil vom 26.01.2017, IX ZR 285/14	17
3.1 Sachverhalt	17
3.2 Besonderheiten	18
4 Zur Reichweite des BGH-Urteils vom 26.01.2017, IX ZR 285/14 in der Praxis	20
4.1 Kurzfristige Unsicherheit der betroffenen Berufsgruppen	21
4.2 Trial and Error	21
4.3 Mangelndes Problembewusstsein	22
5 Die vertragliche Grundlage der Beauftragung des Steuerberaters	23
5.1 Ausgestaltung	23
5.2 Beratungspflichten	23
5.3 Hinweispflichten	24
6 Daraus resultierende Handlungszwänge für den Steuerberater	25
6.1 Pflicht zur Jahresabschlusserstellung nach der Vorgaben des HGB	25
6.1.1 Regelfall: Erstellung des Jahresabschlusses des vorherigen Jahres	26
6.1.2 Ausnahmefall: Aufarbeitung mehrerer rückständiger Jahresabschlüsse	27
6.2 Hinweis auf buchmäßige Überschuldung	28
6.3 Muster Anschreiben mit Hinweis auf Überschuldungsfeststellung	29
6.4 Mandatsniederlegung als letzte Konsequenz	31
6.5 Muster Mandatsniederlegung	31
7 Die richtige Kommunikation mit dem Mandanten	32
7.1 Persönliches Gespräch	32
7.2 Schriftliche Dokumentation	32
7.3 Muster Bilanzbesprechung	33

8 Die tragende Rolle der (positiven) Fortbestehensprognose	34
8.1 Was ist überhaupt eine Fortbestehensprognose?	34
8.1.1 Allgemeine Daten	34
8.1.2 Krisenursachen und Indikatoren	35
8.1.3 Vollstreckung etc. (ggf. mit Nachweis)	35
8.1.4 Betriebliche Situation	35
8.2 Abgrenzung der Fortbestehensprognose zur klassischen Fortführungsprognose	36
8.2.1 Positive Fortführungsprognose stellt umfassend die Krisensituation dar	37
8.2.2 Kreditgeber fordern in erster Linie eine positive Fortführungsprognose ab	37
8.3 Überschuldungsprüfung	37
8.3.1 Die richtige Vorgehensweise bei einer Überschuldungsprüfung	38
8.3.2 Aufwendige Erstellung eines Überschuldungsstatus	39
8.3.3 Fortbestehensprognose kann nicht ohne weiteres aus Buchführung entwickelt werden	40
8.3.4 Checkliste Fortbestehensprognose	41
8.3.5 Insolvenzzrechtliche Überschuldungsprüfung erfolgt in mehreren Schritten	44
8.3.6 Grundsätze zur Erstellung des Überschuldungsstatus weichen von handelsrechtlichen Prinzipien ab	45
8.3.7 Rangrücktritt hat auf Liquidität des Unternehmens keinen Einfluss	46
8.3.8 Rangrücktritt hat nur noch Signalwirkung auf Bonität bei Finanzierungspartnern	46
8.4 Wer erstellt die Fortbestehensprognose?	46
8.5 Die positive Fortbestehensprognose als Entlastungszertifikat	48
8.6 Neutralisierung der Überschuldung als Insolvenzantragsgrund	49
8.7 Muster Überschuldungsstatus	49
9 Zahlungsfähigkeit muss grundsätzlich bestehen	52
9.1 Rückständige Honorare als klares Indiz einer Zahlungsunfähigkeit	52
9.2 Abgrenzung Zahlungsunfähigkeit zur Zahlungsstockung	53
9.3 Zahlungsfähigkeitsprüfung	55
10 Jahresabschlusserstellung	57
10.1 Zerschlagungswerte vs. Going Concern	57
10.1.1 Zerschlagungswerte	57
10.1.2 Going Concern (Fortführungswert)	58
10.2 Behandlung der positiven Fortbestehensprognose im Anhang des Jahresabschlusses	59

10.3 Hinweise auf buchmäßige Überschuldung und Vorlage der positiven Fortbestehensprognose als Begleitschreiben zum Jahresabschluss	60
10.4 Mustertext für Bilanzanlage oder Begleitschreiben	61
11 Insolvenzverwalter positionieren sich	61
11.1 Das Insolvenzverfahren des Mandanten	61
11.1.1 Bei Zahlungsschwierigkeiten gilt nun die umgekehrte Vermutung	63
11.1.2 Anfechtungsfrist von § 133 InsO von zehn Jahren auf vier Jahre gekürzt	63
11.2 Prüfung des Zeitpunktes der Insolvenzreife	64
11.3 Anfechtung der Honorare	65
11.3.1 § 138 InsO – Garantstellung des Steuerberaters	65
11.3.2 § 142 InsO – Vorkasse/Bargeschäft	67
11.3.3 Schwächen in der Buchführung und bei der Bilanzstellung	69
11.3.4 Fachliche Aussage bei Feststellung der Insolvenzreife	69
11.3.5 Dauernde Pflicht der wirtschaftlichen Kontrolle eines in Schwierigkeiten befindlichen Mandanten	69
11.3.6 Das Dauermandat als Fallstrick	69
11.3.7 Mögliche Haftung für anteilige Insolvenzverschleppung	70
11.3.8 Welche schuldhaftige Pflichtverletzung kann der Berater begehen?	70
11.4 Schadensersatzberechnung/Quotenschadenhaftung	70
12 Fazit: Es muss ein Umdenken stattfinden	71
Stichwortverzeichnis	73